

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT III



INSTITUT FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

INNENPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Humboldt-Universität zu Berlin • Unter den Linden 6 • 10099 Berlin

HS: Politik und Gesellschaft in der DDR
Dozent: Prof. Dr. Gert-Joachim Glaeßner
Autor: Jan Giesau

SS 1999
Berlin im Oktober 1999

Dann kam die Wende ...

Ursachen und Auslöser des Umbruchs in der DDR

Jan Giesau

Student im Diplom Studiengang
Sozialwissenschaften

E-Mail: krycho@krycho.de

6. Fachsemester

Inhalt

1	EINFÜHRUNG.....	3
2	EINE DEUTSCHE REVOLUTION?.....	5
3	DIE ÄUßEREN URSACHEN DES UMBRUCHS.....	7
3.1	DER KSZE-PROZEß	8
3.2	DIE DEUTSCH-DEUTSCHEN BEZIEHUNGEN.....	8
3.3	DIE DEUTSCH-SOWJETISCHEN BEZIEHUNGEN	9
3.3.1	<i>Die Ära Gorbatschow</i>	<i>10</i>
3.3.2	<i>Die Auswirkungen von Glasnost und Perestroika auf die DDR</i>	<i>11</i>
4	DIE INNEREN URSACHEN DES UMBRUCHS.....	11
4.1	DIE POLITISCHE KRISE	12
4.1.1	<i>Politische Strukturdefekte und innere Schwierigkeiten</i>	<i>12</i>
4.1.2	<i>Legitimationsdefizite</i>	<i>13</i>
4.1.2.1	Der antifaschistische Gründungsmythos.....	13
4.1.2.2	Reformbemühungen und das Ziel des Kommunismus	14
4.1.3	<i>Die Folgen der politischen Krise.....</i>	<i>15</i>
4.1.3.1	Reformunfähigkeit.....	15
4.1.3.2	Die Erosion der Fortschrittsidee	15
4.1.3.3	Ausdifferenzierung der Gesellschaft	16
4.2	DIE ÖKONOMISCHE KRISE	17
4.2.1	<i>Fehlende Marktmechanismen.....</i>	<i>17</i>
4.2.2	<i>Planungs- und Steuerungsdefizite.....</i>	<i>18</i>
4.2.3	<i>Unzureichende Leistungsanreize</i>	<i>19</i>
4.2.4	<i>Probleme im RGW.....</i>	<i>21</i>
4.2.5	<i>Die Folgen der ökonomischen Krise.....</i>	<i>21</i>
5	DIE AUSLÖSER DES UMBRUCHS.....	22
5.1	WAHLFÄLSCHUNG	23
5.2	GRENZÖFFNUNG IN UNGARN.....	23
5.3	DRUCK VON INNEN	24
5.4	DER ZERFALL DER SED-MACHT	26
5.5	WENDE IN DER WENDE – DIE MAUERÖFFNUNG UND DER WEG ZUR EINHEIT.....	27
6	ZUSAMMENFASSUNG	FEHLER! TEXTMARKE NICHT DEFINIERT.
	LITERATUR.....	29

1 Einführung

Und dann dann kam die Wende,
... unser Leid war zu
Ende!

Über Geschichte kann nicht geurteilt werden, solange Farin Urlaub
sie noch dampft! – Dieses Gebot der historischen Wissenschaft zu befolgen, hätte bedeutet, daß viele Publikationen, die während und nach dem osteuropäischen Umbruch vor nunmehr 10 Jahren erschienen sind, so nie gedruckt worden wären. Zweifellos war es ein Wendepunkt der Geschichte, der sich im Herbst 1989 auf dem alten Kontinent vollzog, und es war auch vollkommen angemessen, daß über die Ereignisse so vielfältig geschrieben und diskutiert wurde, die das politische und gesellschaftliche System in Europa neu ordneten. Trotzdem unterliefen vielen Autoren noch bis zum Frühjahr 1990 krasse Fehleinschätzungen der Situation. Anscheinend war der Lauf der Geschichte an diesem Punkt schwer zu prognostizieren oder zumindest nicht mit den bisherigen Prämissen erklärbar. Darf sich die Forschung auf der Suche nach Beschreibung und Erklärung aber so kolossal irren? Sollte sich die Wissenschaft, wenn sie nicht an Glaubwürdigkeit verlieren möchte, vielleicht generell auf eingangs genanntes Gebot berufen und das Feld der aktuellen Geschehnisse den Feuilletonisten und Essayisten überlassen?

Die Wissenschaft darf irren, muß sich dies jedoch auch eingestehen können. Es ist nicht immer leicht, aber es ist ein Zeichen von Größe. Viele Erklärungsversuche bezüglich des Zusammenbruchs des „realen Sozialismus“ wirkten in dieser Hinsicht allerdings eher hilflos, selbstrechtfertigend und klein. Fehler wurden nur selten eingestanden, Korrekturen erst allmählich vorgenommen. Kein Autor hat bis Mitte des Jahres 1989 auch nur andeutungsweise eine so tiefgreifende politisch-gesellschaftliche Umgestaltung in Europa vorausgesagt,¹ demzufolge waren die Forscher wohl selbst am meisten von den rasanten Entwicklungen überrascht. Natürlich gab es seit 1917 immer wieder Prophezeiungen zum Zerfall des Sozialismus, jedoch stets ohne eine halbwegs konkrete Zeitangabe oder fundierte Belegung der Untergangsthesen, die ernst zu nehmende Forschung hatte bis 1989 kein solches Fiasko vorhergesehen. Insbesondere die DDR wurde, selbst von ihren Kritikern, bis zum Ende als relativ stabil und, im Vergleich mit den anderen Ostblockländern, sogar begrenzt entwicklungsfähig beschrieben. Daß die wenigen DDR-Forscher im Westen, die sich vor dem Herbst 1989 überhaupt noch für den Osten interessierten, hier einer optischen Täuschung

¹ Mit diesem Argument werden vielfach Beiträge zum Thema eingeleitet: vgl. z.B. Joas/ Kohli 1993, Glaeßner 1990, Wettig 1996

aufsaßen, einer Mischung aus sozialistischer Schönfärberei, mangelhafter Information und links-nostalgischer Verklärung, kann als Entschuldigung gewertet werden. Mag sein, daß es, abgesehen von der optischen Täuschung auch reale Fakten gegeben hat, die für eine längerfristige Existenz der DDR sprachen,² die Unterstellung von Stabilität für die DDR war letztlich falsch, die Frage bleibt nur, ab welchem Zeitpunkt war sie falsch und durch was wurde die Stabilität dermaßen untergraben? War es Zufall, ontologische Bestimmung oder Verschwörung, die zum Ende der DDR führte? Oder war es gar ein „magisches Dreieck“³ aus allen drei Kategorien?

Fakt ist, daß beim Zusammentreffen von vielen Ereignissen der Zufall zumindest als Restgröße mit einkalkuliert werden sollte, auch wenn es im nachhinein relativ einfach erscheint, ein eher zufälliges Ereignis als Notwendigkeit herauszustreichen. Eine Differenzierung zwischen Zufall und folgerichtiger Entwicklung ist also schwer zu bewältigen. Leichter haben es hier die Verschwörungstheoretiker, die in dem plötzlichen Kollaps des osteuropäischen Systems die mystischen Machenschaften der Geheimdienste erkennen wollen. Selbst das Fehlen jeglicher Beweise spricht hierbei für die perfekte Organisation der Drahtzieher im Hintergrund und ist somit ein Indiz zugunsten der Theorie. Letztlich dienen auch ontologische Gegensätze als Erklärungsschema für den Zusammenbruch des Sozialismus: Aus einer Laune der Weltgeschichte, entstand der Sozialismus genau dort, wo weder der ökonomische Entwicklungsstand noch die politische Kultur hinreichend gute Voraussetzungen boten. Dieser „genetische Defekt“ stellt angeblich das Grunddilemma des Sozialismus dar, welches folgerichtig in dessen Untergang führte. Diese Logik kann allerdings nicht erklären, wie der Sozialismus insgesamt über 7 Jahrzehnte und in der DDR immerhin 40 Jahre überdauern konnte.

Es sind keine apriorischen Gründe zu sehen, die gegen eine demokratische Entwicklung des Sozialismus gesprochen hätten.⁴ Um so mehr ist es interessant zu sehen, woran das politische System in Osteuropa, insbesondere in der DDR gescheitert ist. Die Kette von Ursachen und Auslösern, welche letztlich zum Zusammenbruch des Sozialismus in der DDR geführt haben, soll Gegenstand dieser Arbeit sein. Als *Ursachen* werden hierbei die eher langfristigen

² Zu diesen Fakten gehören: steigender Wohlstand in den 70ern, keine organisierte Opposition, Abschottung der DDR nach innen und außen, starker Zweckverbund mit der Sowjetunion etc. (vgl. Reißig 1993: 50)

³ ein Begriff von Wilhelmy 1995: 27

⁴ Wilhelmy 1995: 33

Umstände des Umbruchs bezeichnet, als *Auslöser* die direkten Entwicklungen, die zu den Ereignissen des Herbstes 1989 führten. Das Phänomen des Zerfalls soll dabei sowohl von innen als auch von außen beleuchtet werden, und wo es möglich ist, wird die Verbindung zwischen internen und externen Faktoren des Zusammenbruchs hergestellt. Zunächst soll jedoch eine kurze begriffliche Einordnung dessen erfolgen, was in den Jahren 1989 und 1990 in der DDR geschah.

2 Eine deutsche Revolution?

Als die Ereignisse 1989 sich so rasant entwickelten, daß selbst die Akteure den Überblick verloren, lag die Assoziation auf der Hand: Das was hier geschieht ist eine Revolution. Dies ist leicht gesagt, und der große Begriff mag für die großen Ereignisse auch plakativ richtig sein, aber was ist denn eigentlich eine Revolution und darf dieser Begriff ohne weiteres im Zusammenhang mit dem Ende der DDR angewandt werden?

Eine allgemeine Definition bezeichnet Revolution als tiefgreifende Veränderung der gesamten politischen und sozialen Strukturen.⁵ Hiernach sind die Ereignisse in der DDR von 1989 bis zur Wiedervereinigung im Oktober 1990 durchaus eine Revolution gewesen. Es würde aber auch genügen, die Entwicklung in der DDR als Abkehr vom bisherigen System, als Systemwechsel oder politischen Umbruch zu bezeichnen, alles Begriffe die theoretisch weitaus bescheidener daherkommen. Eine so allgemeine Definition, wie die eingangs genannte, läuft also Gefahr, nichts zu erklären, weil sie alles erklären möchte. Je genauer jedoch das Geschehen von 1989/90 in der DDR analysiert wird, desto weniger zutreffend scheinen die gängigen Revolutionstheorien zu sein: Es wurde keine Gewalt angewendet,⁶ die alten Eliten wurden nicht vollständig entfernt, die bestehenden Normen wurden weitgehend eingehalten. Der Umbruch in der DDR mutet als eine „neue“ Variante, eine andere Art der Revolution an.⁷ In diesem Zusammenhang ist auch die inflationäre Verwendung von Adjektiven zur konkreten Begriffsbestimmung zu sehen: Es wird von nachholender oder rückspulender Revolution gesprochen (Habermas), von wiederherstellender und abgebrochener (Glaeßner), konservativer (Kuczinski), demokratischer (Kunstreich),

⁵ Krumwiede/ Thibaut 1996: 659

⁶ Gewalt ist kein zwingendes Merkmal von Revolutionen, aber gängige Revolutionstheorien beinhalten Gewalt als konstituierendes Merkmal, vgl. Wilhelmy 1995: 26

⁷ Wettig 1996: 382, Wilhelmy 1995: 26

protestantischer und geklauter (Neubert), spontaner (Opp), freiheitlicher (Genscher), republikanischer (R. von Weizsäcker), mißglückter (Weiß) und sogar gestohlener (Schorlemmer) Revolution.

Die Verwendung der verschiedenen Adjektive dient dabei offensichtlich weniger einer exakten, objektiven Begriffsbestimmung, sondern ist vielmehr Ausdruck von persönlichen Befindlichkeiten. Der subjektive Standpunkt ist also das entscheidende Kriterium bei der Bewertung des Umbruchs.

Die ontologische Sichtweise von Habermas spielt eine wichtige Rolle in der wissenschaftlichen Wahrnehmung der Ereignisse von 1989, auch wenn Habermas diese selbst zur Disposition gestellt hat. Die von ihm so gesehene, „nachholende“ Revolution, die Anknüpfung an das Erbe der bürgerlichen Revolution, war in der Realität höchstens am Beginn idealistisch und humanistisch wie die großen Vorbilder, der Umbruch im Ganzen war bestenfalls materialistisch geprägt.

Aus Sicht der loyalen, wenn auch gemäßigten DDR-Elite, handelte es sich in der ersten Phase des Umbruchs, an der vorrangig die Bürgerbewegungen beteiligt waren, noch um eine „konservative“, ja sogar „demokratische“ Revolution, die auf sanfte Erneuerung setzte, was wohl durchaus auch im Interesse der loyalen Kritiker war. Die Beteiligung der Massen und ihre Forderung nach Wiedervereinigung wird dann allerdings wieder als Konterrevolution verteufelt. Für die Partei- und Staatsführung war jeder Versuch politischer Einmischung ohnehin von je her als konterrevolutionärer Putschversuch betrachtet worden, insofern verfielen auch die gemäßigten politischen Kräfte zum Zeitpunkt der Massenproteste wieder in die offizielle Propagandaterminologie. Allerdings setzt eine Konterrevolution voraus, daß es zuvor eine Revolution gegeben hat, was für die DDR ja eine durchaus nicht unstrittige Frage ist.⁸

Eine ähnliche Sichtweise bietet die Einordnung als „gestohlene“ oder „abgetriebene“ Revolution, in welcher sich die Enttäuschung der Bürgerbewegung über den Lauf der Ereignisse widerspiegelt. Die ursprünglichen Akteure des Umbruchs sahen sich mit der Wende in der Wende um ihre Ziele und Ideale betrogen und gaben hierfür entweder der SED

(Maueröffnung als letzte Rache) oder der westlichen Einmischung nach der Maueröffnung die Schuld. Daß es ohne den Druck und den Willen der Massen weder zur Maueröffnung noch zur Einflußnahme des Westens gekommen wäre⁹, wird hierbei in egozentrischer Weise übersehen.

Aus der Perspektive der westlichen Linken verband sich mit dem Umbruch die Hoffnung, daß eine demokratische Erneuerung in der DDR auch auf die BRD abfärben könnte. Der Terminus der „abgebrochenen“ Revolution ist letztlich Ausdruck der Enttäuschung über eine verlorene Utopie nachdem sich die DDR selbst verkauft hat.

Die Verwendung des Begriffes Revolution auf den Umschwung in der DDR ist, wie eingangs gezeigt, nicht nur per Definition problematisch, sondern zudem oftmals mit subjektiv wertendem Beiwerk versehen worden. Die angeführten Argumente sollen als Plädoyer für eine wertfreie Verwendung des Revolutionsbegriffes dienen. Wenn überhaupt von Revolution im Zusammenhang mit den Geschehnissen im letzten Jahr der DDR gesprochen werden darf, dann sollte dies in einem nicht wertenden Kontext geschehen: Die Adjektive „spontan“ und „friedlich“ können hierbei wohl objektiv angewandt werden, auch „wiederherstellend“, die Einheit betreffend, mag als Charakterisierung geeignet sein. Der Umbruch in der DDR war eine Revolution in der Moderne,¹⁰ am Übergang zur Postmoderne, auf die der Begriff „Revolution“ nicht mehr recht passen will. In dieser Arbeit wird daher auf weniger verfängliche Formulierungen, wie „Umbruch“ zurückgegriffen.

3 Die äußeren Ursachen des Umbruchs

Die Verhaltensweise von Individuen und die äußeren Umstände von revolutionären Situationen stehen in gegenseitiger Abhängigkeit.¹¹ Die globalen Umstände, quasi die strategischen Rahmenbedingungen und weltpolitischen Voraussetzungen für den Umbruch in der DDR sollen Thema dieses Abschnittes sein. Betrachtet wird hierbei der KSZE-Prozeß, der den Beginn einer allmählichen Entspannung zwischen Ost und West markierte, die deutsch-

⁸ vgl. Glaeßner 1993: 81-83

⁹ Bis zu seinem Besuch in Dresden, wo er von Menschenmassen mit frenetischem Jubel empfangen wurde, war Kohl laut eigener Aussage entschiedener Gegner der schnellen Einheit.

¹⁰ Thaa et al. 1992: 431

¹¹ Tocqueville, vgl. Prosch 1991: 292

deutschen Beziehungen und das Verhältnis der DDR zu den „Bruderländern“, insbesondere zur Sowjetunion.

3.1 Der KSZE-Prozeß

Eine wesentliche Veränderung der außenpolitischen Rahmenbedingungen ergab sich bereits in den 70er Jahren. Nach jahrzehntelangem Schweigen wurde auf den Konferenzen von Genf und Helsinki 1973 bis 1975 eine Ära der Entspannungspolitik eingeleitet. Zwar gab es insbesondere am Anfang der 80er Jahre erneut heftige Diskrepanzen zwischen den Blöcken (NATO-Doppelbeschuß und Afghanistankrieg), aber mit dem Schlußdokument von Helsinki wurden erstmals gesamteuropäische Standards für die Einhaltung von Menschenrechten definiert. Die DDR hatte gemeinsam mit den Ländern des Ostblocks ihren Anteil hierzu beigetragen, ihre Interessenschwerpunkte lagen dabei auf der Achtung der staatlichen Souveränität und der territorialen Integrität sowie der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Allerdings enthielt die Helsinki-Schlußakte auch erhebliches Konfliktpotential für die repressive DDR. Die Einhaltung der Menschenrechte und insbesondere die Zusicherung von Grundrechten, wie Reise- und Informationsfreiheit, wurde seit Beginn der 80er Jahre von immer mehr Menschen in der DDR eingefordert. Die Flut von Ausreiseanträgen im Gefolge des KSZE-Prozesses ist nur ein Indiz für Divergenzen. Die Vereinbarungen zur humanitären Zusammenarbeit (Korb III) wurden zur Legitimationsbasis von Bürgerrechtsgruppen in der DDR.¹² Der KSZE-Prozeß relativierte den Ost-West-Konflikt behutsam, die abgeschottete DDR stand dabei immer mehr im Widerspruch zur schrittweisen Kooperation und Öffnung in Europa.

3.2 Die deutsch-deutschen Beziehungen

Das Verhältnis der DDR zum westdeutschen Staat war während der ganzen 40 Jahre ihrer Existenz eher unterkühlt und durch politischen wie ökonomischen Wettbewerb geprägt. Anfänglich beruhte dies wohl auf Gegenseitigkeit, im Westen wich der Wettbewerbsgedanke jedoch bald einer überlegenen Gleichgültigkeit. Die DDR hatte vor allem ein finanzielles Interesse an der Bundesrepublik, während die BRD vorrangig auf politische Impulse setzte. Durch den Export von hochwertigen Industrieprodukten konnte sich die DDR eine stete

¹² vgl. Reißig 1991: 17

Einnahmequelle in der Bundesrepublik sichern. Auch durch Freikäufe von politisch mißliebigen Gefangenen, durch Zwangsumtausch und Visagebühren an den Grenzen wurden wichtige Devisenerträge aus der Bundesrepublik erzielt. Der Westen zahlte für Straßennutzung und –instandhaltung, für den Post- und Nachrichtenaustausch sowie für den Müllexport. Politische Gegenleistungen der DDR waren der Grundlagenvertrag von 1972 sowie diverse Zugeständnisse im Reiseverkehr und in der Informationspolitik.¹³ Zu Beginn der 80er Jahre drohte der DDR durch wachsende Wirtschaftsprobleme der Konkurs. Durch zwei großzügige Kredite aus Bonn 1983 und 1984 wurde nicht nur dem Verlangen der Partei- und Staatsführung nach Wirtschaftshilfe nachgegeben, gleichzeitig wurden neue politische Zugeständnisse eingeholt. Die DDR hatte sich damit aber in eine immer stärker werdende Abhängigkeit begeben und das in doppelter Hinsicht: Zum einen war die BRD nach der Sowjetunion der zweit wichtigste Außenhandelspartner, der zudem noch in harten Devisen zahlte, zum anderen war die Regierung in Bonn der größte Gläubiger der schwachen sozialistischen Wirtschaft. Die DDR mußte im politischen Dialog mit dem Westen bleiben, um nicht sämtliche Konzessionen zu riskieren. Von den Gesinnungsgenossen in Moskau wurde dies mit äußerstem Mißtrauen betrachtet.

3.3 Die deutsch-sowjetischen Beziehungen

Der Sozialismus in Deutschland war auf russischer Macht begründet, er konnte nie auf eigenen Füßen stehen.¹⁴ Das Bündnis mit der Sowjetunion war die einzige Basis für den Machterhalt der kommunistischen Regierungen in Osteuropa, in Moskau wurden die wichtigsten Leitlinien für die nationale Politik abgesprochen und hier wurden auch Korrekturen an eigenmächtigen Entscheidungen der Regierungschefs vorgenommen. Ohne das Machtpotential der sowjetischen Interventionskräfte hätte keiner der Satellitenstaaten des Ostblocks über einen so langen Zeitraum Bestand gehabt. Daß die Sowjetunion nicht nur zum Einsatz von diplomatischen Mitteln bereit war, um ihre Einflußsphäre zu bewahren, hatte sie in Berlin 1953, Ungarn 1956 und Prag 1968 unter Beweis gestellt. In Warschau waren 1981 die kommunistischen Machthaber einer sowjetischen Intervention lediglich zuvorgekommen. Die Breschnew-Doktrin hatte ihre Wirkung nicht verfehlt.

¹³ Angaben zum Transitabkommen, dem Verkehrsvertrag und dem Postabkommen: vgl. Lehmann 1996: 258-262

¹⁴ Maier 1999: 108

Um so mehr beunruhigte die Moskauer Führung zu Beginn der 80er Jahre, daß die DDR-Führung unter Honecker einen eigenwilligen Kurs der Annäherung mit der Bonner Regierung betrieb. Es kam zu weitreichenden Konzessionen seitens der DDR im Zusammenhang mit den beiden Milliardenkrediten.¹⁵ Auch hatte Honecker 1981 Kanzler Schmidt in die DDR eingeladen und plante für 1983 einen Gegenbesuch. Das Nachrüsten der NATO hatte die Fronten zwischen Ost und West allerdings wieder verhärtet, so daß Moskau die geplante Reise mehrmals verhinderte.

3.3.1 Die Ära Gorbatschow

Der Tod von Breschnew 1982 brachte das an Konsistenz gewöhnte Machtgefüge in Moskau für gut drei Jahre durcheinander. Nach dem schnellen Ableben von Andropow und Tschernenko wurde 1985 Gorbatschow als neuer Machthaber installiert, die folgenschwerste Entscheidung des sowjetischen Politbüros. Honecker verband mit Gorbatschow zunächst die Hoffnung auf Entspannung im deutsch-deutschen Verhältnis, bekam aber eine Absage aus Moskau.¹⁶ Statt dessen bescheinigte Gorbatschow dem gesamten Ostblock einen desolaten politischen und ökonomischen Zustand und rief zu „öffentlicher Diskussion“ und „Umgestaltung“ auf.

Die Gewährleistung von Demokratie und klassischen Menschenrechten wurde als einziger Ausweg aus dem verkappten Stalinismus gesehen, der den Sozialismus in den Ruin zu treiben drohte. Mit einer umfassenden Kritik an den bürokratischen Verwaltungssystemen des „Realsozialismus“ und an der außenpolitischen Konzeption¹⁷ wurde die Diskussion um neue Sozialismusmodelle angestoßen. Die Umgestaltung der sozialistischen Gesellschaft wurde dabei durch einen Rückgriff auf Lenin legitimiert, der zur Abwendung von Gefahren für den Sozialismus auch die Anwendung von scheinbar nicht mit dem System zu vereinbarenden Methoden empfahl.¹⁸ Außer in der Sowjetunion kam der Reformprozeß zunächst nur in Ungarn und Polen in Gang.

¹⁵ vgl. Lehmann 1996: 332-334

¹⁶ Der Konflikt zwischen Honecker und Gorbatschow nahm bisweilen sogar persönliche Züge an, vgl. Wettig 400-401

¹⁷ Hierzu gehörte das Block- und Feinddenken, das Weltmachtstreben, die Mitverantwortlichkeit für das Wetrüsten und die Niederhaltung von Demokratisierungstendenzen in befreundeten Staaten, vgl. Reißig/Gläßner 1991: 19

3.3.2 Die Auswirkungen von Glasnost und Perestroika auf die DDR

Die neue Politik in Moskau stellte einen bis dato nicht gekannten Rückzug aus der Verantwortung für die Bruderländer dar. Die politische Führung in Berlin hatte schnell erkannt, daß hiermit erhebliche Stabilitätsrisiken verbunden waren und beharrte auf dem bröckelnden Schutzschild. Schon 1987 kündigte Gorbatschow jedoch an, daß sich die Sowjetunion künftig jedweder Intervention enthalten werde, die schützende Hand war nun vollends weggezogen. Während die politischen Kräfte in Ungarn und Polen die neue Wahlfreiheit bei der Formulierung der politischen Ziele ausgiebig nutzen, geriet die SED mit ihrem Festhalten an den alten politischen Idealen allmählich in eine außenpolitische Isolation. Eine Reformdiskussion wurde nicht angestoßen, im Gegenteil, mit der Verkündung des „Sozialismus in den Farben der DDR“ wurde sogar eine offizielle Anti-Gorbatschow-Kampagne gestartet. Die immer größer werdende Reformunfähigkeit in der DDR trat offen zu Tage.

Über den starrsinnigen Kurs der Staats- und Parteiführung um Honecker wunderten sich nicht nur Moskau und der Ostblock, auch im eigenen Land gaben diese Entwicklungen den entscheidenden Schub für die Protestbewegung. Die Bürgerbewegungen im Umfeld der Kirchen wurden aktiver, in einer noch stärker wachsenden Zahl von Ausreiseanträgen drückte sich der Unmut der Bevölkerung über den haltlosen Zustand aus und auch innerhalb der Partei rumorte es erheblich: Die sozialistische Schönfärberei wurde angeprangert und Honecker die Schuld an der schlechten Verfassung des Landes gegeben. Selbst innerhalb der Partei-Spitze wurde angeblich gegen Honecker mobil gemacht, da allerdings Moskau zu seinem Wort stand und sich nicht einmischen wollte, kam es nicht zur offenen Revolte. Aber der in Gang gesetzte Prozeß war nicht mehr aufzuhalten. Einzig die Richtung war zu diesem Zeitpunkt noch unklar.

4 Die inneren Ursachen des Umbruchs

Während sich der übrige Ostblock auf den Weg sanfter Reformen begab, herrschte in der DDR also keineswegs Aufbruchsstimmung. Die sich verschärfende politische und ökonomische Krise wurde zum Katalysator des Umschwungs im Inneren. Wodurch wurde die

¹⁸ Natter 1994: 33

Krise ausgelöst und warum wurde sie am Ende der 80er Jahre akut? Einige Antworten versucht das folgende Kapitel zu geben.

4.1 Die politische Krise

4.1.1 Politische Strukturdefekte und innere Schwierigkeiten

Die DDR war seit ihrer Gründung ein repressiver Staat gewesen. Schon in den ersten Jahren ihres Bestehens hatte sich die politische Landschaft auf ein totalitäres Einparteiensystem reduziert, das stalinistisch geprägte Einmannsystem an der Staatsspitze wurde bis zum Ende der DDR beibehalten. Das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“, nach welchem sich die Organisation und Leitung des Staates an dessen Spitze konzentrieren muß, hatte alle politischen Bereiche durchdrungen. Die Folge war ein quasi militärischer Gehorsam der politischen Entscheidungsträger und eine hierarchische Parzellierung von Verantwortlichkeiten. Der größte politische Strukturdefekt der DDR war der latente Stalinismus, welcher gepaart mit überzogenen zentralistischen Vorstellungen zur Blockade innerhalb der politischen Institutionen führte. Die von Marx einst geforderte staatliche Selbstverwaltung der Betroffenen kann dabei im krassen Gegensatz zur real praktizierten Staatspolitik der SED gesehen werden.

Ein weiterer Ausdruck für den repressiven Charakter der DDR war die Ausgestaltung der inneren Sicherheit. Ein Netz aus militärischen, paramilitärischen und zivilen Organen,¹⁹ stand neben der Roten Armee als beständiges Einschüchterungs- und Einsatzpotential zur Verfügung.

Kontakte der Bevölkerung ins nichtsozialistische Ausland waren prinzipiell zwar unerwünscht, jedoch wurde hier nach einer „gesellschaftspolitischen Wichtigkeit“ differenziert. Während etwa Rentner durchaus in den Westen reisen durften, wurde zum Beispiel Geheimnisträgern jeglicher Kontakt, ob im Land, per Brief oder Telefon untersagt. Allerdings zwang die zunehmende materielle Abhängigkeit von der BRD die DDR zu Konzessionen: Seit 1972 war der D-Mark Besitz legalisiert, im Jahre 1984 durften überraschend viele Ostdeutsche im arbeitsfähigen Alter wegen dringender

Familienangelegenheiten in den Westen ausreisen. Die Repressionen wurden also genau bei den Bevölkerungsgruppen abgemildert, die ohnehin als potentiell unzuverlässig eingestuft waren. Der Unmut der bis dato eher loyalen Bürger wuchs.

4.1.2 Legitimationsdefizite

Die Herrschaft der SED war zu keinem Zeitpunkt nach westlichem Verständnis demokratisch legitimiert. Die ersten Machthaber in der sowjetisch besetzten Zone waren aus dem Exil gekommen und von Moskau aus installiert worden. Auch zu späteren Zeitpunkten wurde das Volk nie gefragt, ob es denn überhaupt von der SED vertreten werden will. Freilich hat es oftmals Wahlen in der DDR gegeben, aber bei diesen wurde lediglich über einen Block von Parteien abgestimmt, der sich bereits im Juli 1945 konstituierte und in dem sich alle zugelassenen Parteien einbinden ließen. Worauf beruhte also die Legitimation der SED, welche ihr über 40 Jahre die Macht im Staat sicherte?

Es war eine Mischung aus antifaschistischem Mythos, permanenten Reformbemühungen und der utopischen Versprechung einer besseren Welt, welche das Wohlwollen der Bevölkerung lange Zeit aufrecht erhielt.²⁰ Der Zerfall dieser drei ideologischen Grundfesten besiegelte auch den Untergang der DDR.

4.1.2.1 Der antifaschistische Gründungsmythos

Es ist zweifellos wahr, daß die DDR weitaus erfolgreicher und konsequenter bei der Entnazifizierung vorgegangen ist, als dies in der BRD der Fall war. Durch den exzessiv propagierten und praktizierten Antifaschismus wurde die Loyalität vieler Menschen in Ostdeutschland gewonnen, gleichzeitig stieg die Hemmschwelle, Widerstand zu leisten. Schließlich kam die neue Regierung ausschließlich aus dem antifaschistischen Widerstand, die meisten hatten für ihre Überzeugungen sogar im KZ gesessen. Dennoch ist der Antifaschismus ein Gründungsmythos der DDR: Viele Menschen, die während der NS-Zeit Schuld auf sich geladen hatten, fühlten sich in der DDR quasi freigesprochen, die Bürger der DDR waren im eigenen Selbstverständnis die „besseren Deutschen“. Faktisch hatten nahezu

¹⁹ Polizei, Armee und Staatssicherheit bildeten hierbei den professionellen Rahmen, neben welchem u.a. Betriebskampfgruppen und die Gesellschaft für Sport und Technik als „stille“ Reserve agierten.

²⁰ Joas/ Kohli 1993: 14

alle Deutschen Schuld auf sich geladen, dies ließ sich auch nicht mit gutgemeinter Propaganda verharmlosen. Der in der DDR gepflegte, programmatische Antifaschismus war ein mythisch verklärter Rückzug aus der eigenen Verantwortung. Dennoch war diese Strategie in den ersten Jahren der DDR erfolgreich. Mit der Zeit zeigten sich allerdings Risse.

Der erste fatale Fehler in der ehrbaren Agitation war, mit dem Verweis auf die antifaschistische Idee, die eigenen, zweifelhaften, stalinistischen Herrschaftsmethoden zu legitimieren. Der absolute Vergleich mag zwar in vielen Punkten nicht aufgehen, aber insbesondere im Vorgehen der Sicherheitskräfte waren doch deutliche Parallelen erkennbar. Aber nicht nur in diesem Bereich bröckelte die antifaschistische Fassade. Die ritualisierte Beschwörung der Geschichte ging mehr und mehr zu Lasten der Lebenden. Insbesondere die Jugend schaltete immer öfter ab, eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wurde, so paradox es klingt, durch die antifaschistische Propaganda eher behindert. Es war keine faschistische Bedrohung zu sehen, die ein so exzessives Festhalten an diesem ideologischen Grundprinzip weiterhin rechtfertigte. Der Antifaschismus als Staatsräson hatte lange vor dem Ende der DDR ausgedient.

4.1.2.2 Reformbemühungen und das Ziel des Kommunismus

Mit dem Mauerbau hatte die DDR den einfachsten Ausweg für unzufriedene Bürger verstellt, die Flucht war nur noch unter großen Risiken möglich. Dies hatte zwei Resultate: Zum einen wurde durch Reformprojekte, wie das Neue ökonomische System (NÖS) in den 60ern oder die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in den 70ern, ein gewisser Wohlstand erreicht und somit die Loyalität der Massen gesichert, zum anderen verbreiteten sich Resignation und Anpassung in der Bevölkerung, die Menschen wollten und mußten sich mit dem System arrangieren. Die Verbesserungen im Lebensstandard, der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme und die Gewährung von privaten Spielräumen waren real greifbar, außerdem schwebte über all diesen Entwicklungen die Aussicht auf Erfüllung der Utopie des Kommunismus, der ein sorgenfreies und erfülltes Leben in einer wirklich gerechten Gesellschaft versprach. Es gab in den 60ern und auch in den 70ern wenig Grund, das politische System abzulehnen, von temporären Schwankungen einmal abgesehen.

Jedoch rückte das Ziel der Überwindung des Klassenantagonismus in immer weitere Ferne. Hatte es in den ersten Jahren noch geheißen, der Übergang zum Kommunismus steht unmittelbar bevor, wurde die Realisierung der Utopie bis zum Ende der 60er Jahre immer

wieder verschoben. Auf seinem ersten Parteitag als SED-Chef verkündete Honecker 1971 die These von der „entwickelten sozialistischen Gemeinschaft“ und warf damit die angestrebten Ideale zugunsten des Realsozialismus über Bord. Die offizielle Korrektur zu diesem Zeitpunkt entsprach mithin nur einer Anpassung an die tatsächlich längst stattgefundene Entwicklung.

4.1.3 Die Folgen der politischen Krise

4.1.3.1 Reformunfähigkeit

Während in den ersten Jahrzehnten des DDR immer wieder kleinere und größere Reformvorhaben initiiert und durchgeführt wurden, wenn auch oftmals nur halbherzig und kurzzeitig, ging ab Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre nichts mehr. Der als „Verholzung“²¹ zu bezeichnende Zustand der DDR Administration ließ kaum noch Spielräume zu. Die Parteiführung hatte eine regelrechte Phobie davor, Teile ihrer weitreichenden Bestimmungshoheit an untergeordnete Stellen zu delegieren, andersherum wurden Entscheidungen freiwillig, aus Furcht vor unkalkulierbaren Fehlern und den daraus resultierenden Folgen nach oben verlagert. Die Innovationsfähigkeit an der Basis war auf Null gesunken. Das abgeschlossene, monoistische DDR-System war erstarrt, jegliche Reformbemühungen wurden als Widerstand gegen das große Ziel gebrandmarkt. Die Angst vor dem Verlust der Macht hatte in der DDR einen allgemeinen, politischen Stillstand erzeugt, der im Kontrast zu den Aktivitäten im Ostblock ab 1985 geradezu grotesk wirkte. Von der Euphorie der Gründerjahre war nur noch wenig zu spüren, vieles war nur noch Fassade.

4.1.3.2 Die Erosion der Fortschrittsidee

Dabei hatte es 1945 ganz anders angefangen. Die Ziele der SED waren hoch gesteckt: Nach der Übergangsphase des Sozialismus sollte die letztlich höchste Gesellschaftsform, der Kommunismus erreicht werden. Der tragende Gedanke des permanenten Fortschrittes war dabei allgegenwärtig und das Tempo zunächst durchaus erstaunlich: In den 50er Jahren wurden durch Enteignungen und Kollektivierungen sozialistische Produktionsverhältnisse durchgesetzt, die Partei wandelte sich in eine Partei nach Lenins Vorstellungen. Doch schon in den 60er Jahren verlangsamte sich das Tempo, das NÖS trug eher liberale Züge und

Ulbrichts „sozialistische Menschengemeinschaft“ klang höchstens nach Stagnation auf der bisher erreichten Ebene, wenn nicht sogar nach Abkehr von der marxistischen Utopie. Der von Honecker eingeschlagene Kurs der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik fand sich schließlich mit den gegebenen Bedingungen ab, die Fortschrittsidee verkümmerte in einem schlecht funktionierendem, paternalistischen Versorgungssozialismus.²² Ökonomischer Stillstand und schlechte soziale Aufstiegsmöglichkeiten raubten der Bevölkerung die Hoffnung auf eine bessere, sozialistische Lebensweise. Zudem schien die wirtschaftliche Hilfeleistung aus dem erfolgreicherem Westen nicht recht zu der ideologischen Polarisierung zu passen, in welcher der Sozialismus als fortschrittlich und der Kapitalismus als rückständig eingestuft wurde. Der Glaube an langfristige Verbesserungen schwand gleichzeitig mit dem Vertrauen in die politische Führung und die Identifikation mit der DDR. Die Erosion der Fortschrittsidee hinterließ eine unausfüllbare Lücke in der tragenden Wand der SED-Ideologie.

4.1.3.3 Ausdifferenzierung der Gesellschaft

Die Zeit hatte die Führung in der DDR mehrmals eingeholt und überholt, die offizielle Propaganda wurde oftmals erst nachträglich den realen Verhältnissen angepaßt.²³ Die Kluft zwischen dem allgegenwärtigen Führungsanspruch der Partei und den Anforderungen einer modernen, sich mehr und mehr ausdifferenzierenden Gesellschaft wuchs mit den Jahren, das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung ebenso. Die uniformierte Gesellschaft suchte einen Ausweg aus der beengten Freiheit und fand ihn in einer neu geschaffenen Teilöffentlichkeit im Umfeld der Kirchen, die als Gegenstück zur offiziellen, allumfassenden Öffentlichkeit konzipiert war. Die Gesellschaft emanzipierte sich in Teilen von der Partei- und Staatsführung, alternative Kulturen, Bürgerrechts-, Friedens-, Frauen- und Ökologiebewegungen standen für neue, westlich orientierte Wertvorstellungen und für die Überwindung der Furcht vor dem Staat. Der Grundstein für die Entstehung einer modernen Zivilgesellschaft war gelegt. Der Wertewandel vollzog sich nicht plötzlich und aktivistisch, er blieb auch nicht unbeachtet von den Sicherheitsorganen, welche die Aktivitäten der neuen Gruppierungen akribisch protokollierten und unterwanderten, aber er war unaufhaltsam

²¹ vgl. Glaebner 1993: 76

²² Thaa1992: 434

²³ So z.B. bei der Transformation der SED in eine Partei neuen Typs oder bei der Verkündung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft

geworden. Seit 1982 hat es in der Leipziger Nikolaikirche Friedensgebete gegeben, ungefähr seit dieser Zeit war im Berliner Prenzlauer Berg eine künstlerisch-intellektuelle Szene oppositionell aktiv und auch an anderen Orten kam es zu vergleichbaren Entwicklungen. Allerdings wurde bis 1989 eine Änderung der Systemstrukturen nur im Rahmen der bestehenden Institutionen für möglich gehalten, eine Einschätzung, die sich im nachhinein als falsch herausstellen sollte.

4.2 Die ökonomische Krise

Das Wirtschaftssystem der DDR, ein auf Kollektivierung, zentraler Leitung und Planung beruhendes Konzept, stand seit der Gründung der DDR im Mittelpunkt der Kritik. Selbst politische Erfolge wurden durch die ökonomisch bedingten Versorgungsprobleme überschattet. Im ersten Jahrzehnt nach der DDR Gründung stand das marxistische Planungskonzept der Wirtschaft noch in direkter Konkurrenz zur sozialen Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhardt. Doch schon am Ende der 50er Jahre zeichnete sich der Vorteil des westlichen Systems ab, und dies nicht nur als Folge der Anschubfinanzierung durch die Marshallmilliarden. Die DDR mußte ab 1960 erkennen, daß ihre ökonomische Leistungsfähigkeit, die seit 1958 sogar zur Hauptaufgabe erklärt wurde, nie an die des Westens heranreichen würde. Welche Fehler hatte das ostdeutsche Wirtschaftssystem, und welche politischen und gesellschaftlichen Folgen ergaben sich hieraus?

4.2.1 Fehlende Marktmechanismen

Eine wichtige Voraussetzung für das Wachstum und Funktionieren der westlichen Wirtschaft ist der Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage. Im Sozialismus regelt sich der wirtschaftliche Austausch nicht auf diese Weise. Da sämtliche Produktionsstätten Eigentum des Volkes sind, ist eine Produktkonkurrenz über Angebot und Nachfrage nicht sinnvoll, das Volk hat das wirtschaftliche Monopol inne. Konsument und Produzent sind in diesem System identisch. Insofern müßte sich auch die Notwendigkeit von Angebot und Nachfrage erübrigen, weil ja der Produzent genau die Bedürfnisse des Konsumenten kennt, aus eigener Erfahrung. Daß dies so einfach nicht ist, liegt auf der Hand. Die vielschichtigen Bedürfnisse einer Volkswirtschaft können nicht im einzelnen überschaut werden, auf regional differenzierten Bedarf muß global eingewirkt werden. Hierfür bedarf es einer komplexen Planung.

4.2.2 Planungs- und Steuerungsdefizite

Die Planung ist das Herzstück der sozialistischen Ökonomie. Nicht Konkurrenz und Preiskampf bestimmen das Wirtschaften in der höheren Gesellschaftsform, sondern eine ausgewogene, bedarfsgerechte Verteilung der produzierten Güter. Theoretisch sollen damit die unliebsamen Überraschungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die Konjunkturreinbrüche mit allen ihren Folgen, vermieden werden. Praktisch aber hat sich die Wirtschaftsplanung als nicht realisierbar erwiesen. Abgesehen davon, daß es rein rechnerisch schwer möglich ist, den exakten Bedarf einer Volkswirtschaft an Gütern über einen längeren Zeitraum zu prognostizieren und daraus einen hinlänglichen Wirtschaftsplan zu erstellen, krankte das DDR-System außerdem an einer zunehmenden „Chaotisierung der planerischen Tätigkeiten“.²⁴

Die Planung ist ein zentralistisches Element der sozialistischen Gesellschaft. Planung muß die gesamte Gesellschaft berücksichtigen und daher von oben erstellt werden. Allerdings ist ein perfekter planerischer Zugriff von oben nicht möglich, vor Ort muß auch in der sozialistischen Produktionsweise noch immer situationsgerecht, nach Lage der konkreten Verhältnisse entschieden werden. Die Verfügbarkeit von Arbeitskräften und Rohstoffen, unvorhersehbare Zwischenfälle bei der Produktion und weitere Unwägbarkeiten können nur dezentral kalkuliert und bewältigt werden. Diese Entscheidungsfähigkeit auf den unteren Ebenen ist also nicht eliminierbar, aus ihr entsteht aber ein grundlegender Interessenkonflikt zwischen Planern und Verplanten. In der DDR hatte dieser Interessenkonflikt, auch Planungsparadox²⁵ genannt, schwerwiegende Folgen. Es klaffte eine immer breiter werdende Lücke zwischen der realen Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und dem Anspruch der politischen Führung. Zum einen animierten die ehrgeizigen Wirtschaftspläne die Akteure vor Ort zu aktiver Datenfälschung und Schönfärberei, was das reale Bild der Zustände in der Wirtschaft verzerrte, zum anderen, wurden in den Planungsausschüssen sichtbar negative Entwicklungstendenzen zugunsten von politisch induziertem Wunschdenken verdrängt. Gemeinsam mit dem Einfluß von zeitlichen Verschiebungen führte dies zu inkonsistenten Plänen, das heißt die Pläne mußten permanent den realen Entwicklungen und Bedürfnissen angepaßt und entsprechend korrigiert werden. Wenn sich also ein Mißlingen von Planzielen abzeichnete, wurde oft von oben interveniert. Da aber die Wirtschaftspläne global abgestimmt

²⁴ Ganßmann 1993: 174

²⁵ Ganßmann 1993: 175

waren, führten die Korrekturen zum Auftreten von neuen Schwierigkeiten, was wieder zu neuen Korrekturen führte und schließlich in einer Kettenreaktion endete. Oftmals hatten sich schon nach dem langwierigen Planungsprozeß die politischen Prämissen geändert, so daß bereits bei Verabschiedung eines Wirtschaftsplanes Korrekturen vorgenommen wurden, die den ganzen Plan zunichte machten. Außerdem wurde zu allen Zeiten, aber gerade auch zum Ende der DDR eine einseitige, prestigeträchtige Investitionspolitik betrieben. Während einige Modellfabriken mit Hochtechnologie ausgestattet wurden, litt der Großteil der Produktionsstätten unter chronischem Verfall und Modernisierungsbedarf. Auf der einen Seite wurde der Mangel mit großem Aufwand verwaltet,²⁶ auf der anderen Seite wurde mit den Prestigeobjekten geprahlt. Allerdings war selbst die Fassade dieser potemkinschen Wirtschaft brüchig, erinnert sei hier an die DDR Mikroelektronik, welche mit gigantischem Aufwand ausgebaut wurde und trotzdem immer um mehrere Jahre hinter dem Weltmarkt zurückblieb.²⁷

Es war der übertriebene Zentralismus der wirtschaftlichen Planung, der gemeinsam mit einem autoritären Führungsstil und ökonomischen Fehlleistungen zu erheblichen Planungs- und Steuerungsdefiziten führte.

4.2.3 Unzureichende Leistungsanreize

Der Anspruch der sozialistischen Gesellschaft ist es, daß alle Menschen ein einheitliches Verhältnis zu den Produktionsmitteln sowie zu den Bedingungen der Arbeit haben.²⁸ Ein solcher Anspruch schließt eine Produktionssteigerung durch Leistungsanreize nahezu aus, und außer durch Leistung ist eine Produktionssteigerung in erster Linie nur durch Automatisierung und Effizienzsteigerung möglich, was in der sozialistischen Gesellschaft, in welcher der Mensch im Vordergrund steht, nicht als primäres Mittel der Wirtschaftspolitik gilt. Die Folgen der fehlenden Leistungsanreize für die sozialistische Produktionsweise in der DDR waren verheerend. Dadurch, daß nicht unmittelbar nach Leistung bezahlt wurde, konnten die Arbeiter in der DDR ihr Leistungsniveau zu einem Großteil selbst bestimmen. Freilich gab es Normen für die Produktion, aber diese waren seit jenem verhängnisvollen Beschluß im Jahre 1953 und seinen Folgen nur noch sehr behutsam angetastet worden, also seit den 50er Jahren

²⁶ Teilweise waren bis zu 20 Prozent der Beschäftigten eines Betriebes mit Reparatur- und Wartungsarbeiten beschäftigt.

²⁷ Im zeitgenössischen Hohn wurde die DDR Mikroelektronik als die „Größte“ der Welt bezeichnet.

²⁸ Natter 1994: 86

auf einem relativ niedrigen Niveau verblieben. Außerdem waren selbst bei Nichterfüllung der Arbeitsnormen keine größeren Sanktionen zu erwarten. Wer weniger arbeitete, bekam nicht automatisch auch weniger Geld. Arbeitslosigkeit durfte es in der DDR offiziell nicht geben, eine Entlassungsdrohung war demnach nicht mehr als warme Luft. Wenn doch einmal eine Kündigung ausgesprochen wurde, bekam der Arbeiter in Bälde eine neue Arbeit zugewiesen, und dies bei nicht unbedingt schlechterer Bezahlung. Auch die Mehrbezahlung für höhere Bildungsabschlüsse lohnte kaum den Aufwand, die Einkommen waren weitaus stärker nivelliert als in der Bundesrepublik, noch dazu auf geringem Niveau.²⁹ Wodurch konnten die Arbeiter also motiviert werden?

Wenn das Arbeitsniveau nicht vollständig der Selbstbestimmung der Arbeiter überlassen bleiben sollte, dann gab es zwei Möglichkeiten: Entweder es wurden die politischen und moralischen Ressourcen mobilisiert oder es wurden materielle Anreize in Form von Prämien geschaffen. Beide Maßnahmen hatten ihre Nachteile.

Die ewigen Appelle an die Verantwortung für die Gesellschaft und für die Sicherung des Friedens fruchteten bald nicht mehr. Auch die Ehrung in der „Straße der Besten“ war seit Adolf Hennecke zu einer bizarren Ausstellung verkommen, Orden, wie „Held der Arbeit“ gab es zu häufig, als daß hieraus ein Anreiz hätte entstehen können. Die Arbeiter verhielten sich zunehmend abgestumpft und passiv gegenüber den ideologisch gefärbten Anspornungen der Betriebsleitungen. Die ideellen Ressourcen waren also ohnehin kaum vorhanden und zudem schnell erschöpft.

Die materielle Vergütung von Arbeitsleistungen hingegen hat den Nachteil, daß die entstehenden Kosten durch die auf diesem Wege erzielten Zuwächse gedeckt sein müssen, was oft nicht der Fall war. Der Anreiz von Prämien wurde daher zumeist vermieden. Die offiziell fehlenden Leistungsanreize führten allgemein zu einer stärker werdenden Inflexibilität und einer abnehmenden sozialen Mobilität, die politische und wirtschaftliche Führungsschicht rekrutierte sich im wesentlichen aus sich selbst heraus. Inoffizielle Leistungen hingegen, Beziehungen, Dienstleistungen oder Güter gewannen an Attraktivität für die Bevölkerung, neben der maroden Planwirtschaft, größtenteils sogar auf ihr aufbauend, florierte eine groß angelegte Schattenwirtschaft mit kapitalistischen Mechanismen.

²⁹ Allerdings lagen auch die Lebenshaltungskosten deutlich unter denen der Bundesrepublik.

4.2.4 Probleme im RGW

Die DDR war 1950 in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) aufgenommen worden, jener Institution, die im Ostblock den zwischenstaatlichen Handel mit Gütern und Technologie übernommen hatte. Und die DDR war neben der UdSSR zu einem der stärksten Wirtschaftspartner im Rat gewachsen. Die Mitgliedsländer des RGW sprachen ihre Volkswirtschaftspläne miteinander ab, die Kooperation ging sogar soweit, daß im Rahmen der sozialistischen Arbeitsteilung eine branchenspezifische Spezialisierung unter den Mitgliedsländern initiiert wurde, welche aber nur eingeschränkt funktionierte. Allerdings war es trotz der enormen Blocksolidarität nie gelungen, eine autarke Entwicklung, unabhängig vom Weltmarkt und den anderen Industrienationen zu verwirklichen. Die Konjunkturschwankungen und Ölkrisen gingen also auch am Ostblock nicht spurlos vorbei.

Ein erstes Anzeichen für das Nachlassen der Blocksolidarität gab es schon 1981, als die UdSSR die Menge ihrer Ölexporte an die DDR einschränkte und Mehrlieferungen nur noch gegen harte Devisen anstelle des unkonvertierbaren Valutarubel in Aussicht stellte. Eine allgemeine Unzufriedenheit über die Schwäche von einzelnen Partnerländern breitete sich aus. Mit der Machtübernahme Gorbatschows wurde das zunehmende innere Zerwürfnis der Mitglieder offen angesprochen. Moskau forderte nun eine Reformierung des RGW, mit Effizienzsteigerungen durch Dezentralisierung, Währungskonvertibilität und Weltmarktorientierung. Die DDR, aber auch Rumänien und Bulgarien sträubten sich zunächst gegen den ökonomischen Liberalisierungskurs, jedoch war die überlegene Stellung Moskaus im Rat nicht antastbar, die UdSSR kündigte noch vor den entscheidenden Ereignissen des Jahres 1989 den eigenen Rückzug aus dem RGW für 1990 an, die ökonomische Auflösung des Ostblocks war also bereits beschlossen, bevor der politische Zerfall richtig begann.

4.2.5 Die Folgen der ökonomischen Krise

Bei einem so defizitären Wirtschaftssystem, wie es für die DDR beschrieben wurde, stellt sich die Frage, wie die sozialistische Ökonomie überhaupt so lange überleben konnte. Einige wichtige Antworten wurden bereits gegeben, so halfen etwa die westlichen und sowjetischen Subventionen kräftig mit, den maroden Planungsansatz zu stabilisieren. Die Folgen der desolaten Wirtschaftspolitik für das politische System der DDR wurden allerdings gravierender, je länger der sieche Zustand andauerte. Schon Mitte der 70er und Anfang der

80er Jahre verschlechterte sich die Situation der DDR Wirtschaft dramatisch, bereits 1973 hatte ein DDR Ökonom das Zuschnappen der Schuldenfalle bis 1980 prognostiziert, 1989 wurden die Reste der ostdeutschen Volkswirtschaft von zirka 45 Milliarden DM Schulden erdrückt, die Zinsen konnten schon seit Anfang der 80er Jahre nicht mehr durch die verschwindend geringen Exporterlöse getilgt werden.

Es war die proklamierte Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, jener Konsumsozialismus, der nahezu alle Waren und Dienstleistungen subventionierte, der die DDR innerhalb eines Jahrzehnts an den Rand des Ruins trieb. Die DDR-Ökonomie, und mit ihr das politische System, erkrankte an einer Mixtur aus Demokratiemangel, traditionellen, nicht funktionierenden, sozialistischen Ideen mit entsprechenden Planungs- und Lenkungsmethoden und überzogenen, politisch-sozialen Zielsetzungen. Im Laufe der 80er Jahre wurde der Patient DDR nur noch mit Finanzinfusionen künstlich ernährt, auch war seit 1985 der schleichende Hirntod offensichtlich geworden. Mithin ist noch unklar, was zum Kollaps und direkten Infarkt geführt hat.

5 Die Auslöser des Umbruchs

Die Krise des Weltsozialismus und auch die Krise in der DDR waren zum Ende der 80er Jahre akut geworden. Bis Anfang 1988 nahmen die Bruderländer die DDR zumindest nach außen noch in Schutz. Allerdings waren die politischen und ökonomischen Bruchstellen nicht mehr zu überdecken. Die Aufhebung der Breschnew-Doktrin durch Moskau³⁰ und die damit verbundene, faktische Freigabe der politischen Entscheidungen hatte einen Differenzierungsprozeß in Gang gesetzt, der nicht mehr aufzuhalten war. Während in der DDR offiziell der harte Kurs fortgesetzt wurde und Moskau noch auf den Zusammenhalt des Ostblocks und auf eine umfassende Reform des Sozialismus hoffte, orientierten sich die Machthaber in Ungarn, Polen und später auch der Tschechoslowakei schnell westwärts. Leichte Bewegungen hatte es jedoch ebenso im Inneren der DDR gegeben. Die SED hatte zwar kaum Verständnis für die jüngsten, weltpolitischen Entwicklungen, aber sie hatte auch nicht viel dagegen zu setzen. Der Staat leistete erstaunlich wenig Widerstand gegen die vielerorts aufstehende Bürgerbewegung, dies war so nicht zu erwarten gewesen.

³⁰ Offiziell wurde die Doktrin erst 1989 für ungültig erklärt, inoffiziell löste sich Moskau jedoch schon 1987, frühestens sogar bereits 1985 von dem Verdikt.

5.1 Wahlfälschung

Die Unzufriedenheit breiter Bevölkerungskreise wurde erstmals bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 deutlich. Schon bei den Kandidatennominierungen, eine früher kaum beachtete Zeremonie, kam es zu teilweise heftigen Diskussionen. Verschiedene Gruppierungen und die Kirchen riefen letztlich zum Wahlboykott oder zur Abgabe von Nein-Stimmen auf und organisierten eine großflächige Wahlbeobachtung. Schließlich gab es in der DDR Verfassung ein Recht auf Wahlkontrolle durch den Bürger, auch wenn dieses bislang wohl kaum genutzt wurde.³¹ Das Ergebnis dieser Bemühungen war nicht überraschend, aber es war zum ersten Mal offiziell: Die Wahlen waren manipuliert, die von Wahlleiter Krenz verkündeten „98,85 Prozent Zustimmung zum gemeinsamen Wahlvorschlag der Nationalen Front“ standen in deutlichem Widerspruch zu den etwa 10 Prozent Nein-Stimmen, die von inoffiziellen Wahlbeobachtern gezählt wurden.³² Bereits am Wahlabend kam es zu vereinzelt Protestaktionen. Die genauen Zahlen der Kommunalwahl wurden in den Folgetagen nur unvollständig und wenig detailliert veröffentlicht. Zahlreiche Einzelpersonen erstatteten daraufhin Anzeige wegen Wahlbetrugs oder legten Einspruch bei den Wahlbehörden ein, auch die Kirchen verlangten eine Erklärung. Erich Mielke persönlich soll daraufhin die Richtlinien für das Vorgehen gegen die „Aktivitäten von feindlichen und oppositionellen Kräften zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahl“ festgelegt haben. Die Anzeigenerstatter wurden, sofern sie Mitglied waren, aus der Partei ausgeschlossen, hatten berufliche Konsequenzen am Arbeitsplatz zu tragen und wurden oftmals auch in Schnellverfahren zur Ausreise gezwungen. Allerdings wurde anscheinend seltener Gewalt angewandt. Ungeachtet der Repressalien organisierten sich die Bürgerbewegungen und veranstalteten an jedem 7. des Folgemonats Protestkundgebungen. Der innere Druck wuchs.

5.2 Grenzöffnung in Ungarn

Jedoch nicht nur der innere Protest (Voice) wurde stärker, immer mehr Bürger wollten die DDR für immer verlassen (Exit). Da das Verfahren zur Ausreise noch immer sehr langwierig und die kurzfristige Abschiebung eher selten war, gab es zunächst keinen halbwegs legalen

³¹ Ein sarkastischer Witz wurde zu dieser Zeit neu belebt, in dem bei einem Stasi Verhör gefragt wird, mit welchem Recht sich ein Beschuldigter eigentlich auf die Verfassung berufe.

³² Zahl bei Lindner 1998: 27

und ungefährlichen Weg, die DDR zu verlassen. Dies änderte sich im Frühsommer 1989. In einem eher symbolischen Akt zerschnitten die Regierungschefs von Österreich und Ungarn die Grenzbefestigung zwischen beiden Ländern. Die Wachposten blieben zwar zunächst noch erhalten, aber immer öfter dringen Nachrichten von geglückten Fluchtversuchen in die alte Heimat. Die größte Massenflucht seit dem Mauerbau gelingt im August 1989 bei einem „paneuropäischen Picknick“, welches bezeichnenderweise von den Nachfahren der alten Monarchie mit organisiert wurde. Mehrere Hundert DDR-Bürger spazieren an diesem Tag an den Wachsoldaten vorbei über die grüne Grenze nach Österreich. In den Ferienmonaten Juli und August war es zu einer Massenbewegung gekommen, viele DDR-Bürger wollten zunächst nach Polen, Ungarn oder die CSSR „reisen“ um sich dann in die westdeutsche Botschaft zu flüchten. Ende August sind die Botschaften der BRD in Ostberlin, Prag und Budapest vollkommen überfüllt und müssen geschlossen werden. Nachdem Ungarn bereits am 24. August die Ausreise der Botschaftsflüchtlinge über Österreich genehmigt hatte, öffnete es am 11. September vollständig und unter Mißachtung eines bilateralen Reiseabkommens mit der DDR seine Grenzen. Bis Monatsende werden zirka 30 Tausend Menschen auf diesem Weg in den Westen fliehen.

Nachdem auch in Warschau die bundesdeutsche Botschaft schließen mußte, kommt es Ende September, nach umfangreichen diplomatischen Verhandlungen zur „Grenzöffnung“ in Polen und der CSSR und zu mehreren Ausreisewellen, in denen die Botschaftsflüchtlinge mit ostdeutschen Sonderzügen über das Territorium der DDR in den Westen transportiert werden. Der Flüchtlingsstrom über Ungarn und Österreich hielt weiter an, wer nicht in der DDR bleiben wollte, der konnte diese nun relativ gefahrlos, aber dennoch unter beschwerlichen Umständen, verlassen. Der bislang weitestgehend abgeriegelte sozialistische Block war nach Westen wieder offen.

5.3 Druck von innen

Allerdings gab es sehr viele Menschen in der DDR, die nicht den einfachen Weg der Flucht wählten, sondern sich den Problemen stellen wollten. Nach der aufgedeckten Kommunalwahlfälschung schlug die Stunde der Bürgerbewegungen. Vielfältige

Gruppierungen³³ mit unterschiedlichstem Klientel gründen sich im Sommer 1989. Vielfach treten sie schon hier aus dem Umfeld der Kirchen heraus.³⁴

Nach der Sommerpause ist für den 4. September in Leipzig erneut eines der seit 1982 stattfindenden Friedensgebete geplant. Da es bereits im März zu Auseinandersetzungen im Anschluß an ein Montagsgebet gekommen war, soll die Veranstaltung verboten werden, jedoch bestand die Kirchenleitung auf dem geplanten Ablauf und setzte sich auch durch. Erwartungsgemäß kam es zu Ausschreitungen, nach dem Montagsgebet wurden Transparente entrollt, die Reisefreiheit und Offenheit verlangten. Die Veranstaltung wurde innerhalb kürzester Zeit beendet, jedoch war sie der Beginn der Montagsdemonstrationen, die zunächst Leipzig, dann Berlin und nach und nach die ganze Republik erfaßten. An den folgenden Montagen kommt es insbesondere in Leipzig zu Massendemonstrationen mit immer mehr Teilnehmern. Auf Transparenten wird für die neu gegründeten Bürgerbewegungen geworben und Dialog und Demokratie eingefordert. Am 2. Oktober werden erstmals mehr als 10 Tausend Demonstranten in Leipzig geschätzt, aber Polizei und Staatssicherheit treiben die Veranstaltung wie üblich auseinander.

Für den 9. Oktober wird erneut mit einem exponentialen Anstieg der Teilnehmerzahlen gerechnet, zumal die grotesken Feierlichkeiten anläßlich des 40. Jahrestages der DDR, zwei Tage zuvor, bereits zu Ausschreitungen im Rahmen der noch immer stattfindenden Wahlfälschungsproteste geführt und den Unmut der Bevölkerung weiter genährt hatten. Die Opposition im Land sollte nach dem Republikgeburtstag zerschlagen werden. Ein Großaufgebot von Polizei, Armee und Staatssicherheit stand bereit, um die Veranstaltung in Leipzig zu beenden. Trotz der Befürchtungen, es könnte ein Massaker wie auf dem Platz des Himmlischen Friedens geben, erschienen zirka 70 Tausend Demonstranten nach dem Montagsgebet in der Leipziger Innenstadt. Und es passierte nichts. Wohl aufgrund mangelnder Koordinierung vor Ort, die lokalen Behörden hatten aus Berlin die volle Entscheidungskompetenz übertragen bekommen, blieb der erwartete Einsatz von Gewalt aus. Die Staatsgewalt hatte zum ersten Mal und glücklicherweise deutlich Schwäche gezeigt. Die folgende Demonstration am 16. Oktober wurde von etwa 120 Tausend Menschen getragen,

³³ Eine kurze Übersicht gibt Lindner 1998: 56-57 und 61.

³⁴ Pollack vertritt die These, daß die Kirchen nicht der entscheidende Motor des Umbruchs waren, sondern vielmehr nur den Rahmen boten, in dem sich die Menschen artikulieren konnten. Die Kirchen verfolgten bis zum Ende eine Strategie des Ausgleichs und der Verständigung mit dem Staat. vgl. Pollack 1993: 255

zum ersten Mal gab es auch einen Bericht im DDR-Fernsehen zu den Vorkommnissen. Der Protest war in einen Massenprotest umgeschlagen, die Hoffnung auf eine Veränderung der Situation überwog die Angst vor Repressionen.³⁵ Der Umbruch war in die entscheidende Phase getreten.

5.4 Der Zerfall der SED-Macht

Die Massenproteste vom 16. Oktober hatten entscheidende, politische Konsequenzen. Diejenigen Mitglieder der politischen Führung, die schon seit geraumer Zeit auf einen Machtwechsel drängten, vor allem Krenz, Stoph und Wolf, setzten am 17. Oktober einen „Antrag auf Ablösung Honeckers“ im Politbüro durch.³⁶ Am 18. Oktober tritt der Staatschef „aus gesundheitlichen Gründen“ von allen Ämtern zurück. Das Politbüro ernennt Egon Krenz zum Nachfolger, der in einer blumigen Rede die Rolle der SED in der „Wende“ hervorhebt und eine grundlegende Reform des deutschen Sozialismus verspricht.

Die Parteiführung hatte, indem sie Krenz auf den Schild hob, wenig Feingefühl bewiesen. Für die Partei, die qua Einsicht in die Gesetzmäßigkeit der Geschichte das Erkenntnismonopol über die gesellschaftliche Entwicklung beansprucht, war nicht erst das Jahr 1989 eine blamable Vorstellung. Vorläufiger Höhepunkt der uneinsichtigen Parteilinie war die vorbehaltlose Zustimmung der Partei- und Staatsführung sowie der Volkskammer zum brutalen Vorgehen der chinesischen Militärs gegen die Studentenbewegung im Juni 1989. Auch die Strategie, die Diskussionen von der Straße in die Säle und aus den Sälen in die vorhandenen Institutionen zu kanalisieren³⁷ wollte nicht recht funktionieren. Die Person Krenz wirkte in dieser Machtsicherungsangst der SED weder nach innen, noch nach außen beruhigend. Im Gegenteil: die Ernennung von Krenz zum neuen Staatschef setzte im Zusammenspiel mit der anschwellenden Fluchtbewegung den Protest der Massen, und inzwischen auch der Parteimitglieder, weiter in Gang. Das Machtmonopol der SED war nicht mehr zu retten.

³⁵ Prosch 1991 und Mühler/ Wippler 1993 arbeiten mit einem Kosten-Nutzen-Modell, um zu erklären, wie die potentielle Unzufriedenheit der Bürger in offenen Protest umschlagen konnte. Der Schwellenwert zwischen Kosten und Nutzen war für vieler Menschen in der DDR erreicht, als das Regime auf Gewalt verzichtete. Erst hiernach konnten die Proteste zu Massenprotesten werden.

³⁶ Honecker war von diesem Schritt offenbar vollkommen überrascht und spricht später von einem Komplott.

³⁷ Geis 1991: 27-28

Der Machtabbau verlief in rasantem Tempo. Nach dem Rücktritt der Regierung Stoph und der Neukonstituierung des Politbüros im November, kommt es Anfang Dezember zur Auflösung der Staatsmacht der SED. Das Politbüro und Krenz treten zurück und ab dem 7. Dezember wird der Staat vom „Runden Tisch“ in einer „Doppelherrschaft“³⁸ aus Bürgerbewegungen und der alten Elite inoffiziell regiert. Eine offizielle Regierungsbeteiligung bietet der Stoph-Nachfolger Modrow den Oppositionsgruppen im Januar an. Mit den ersten „freien“ Volkskammerwahlen im März 1990 ist die Macht der alten Partei, die sich seit Februar nur noch PDS nennt, vorerst gebrochen.

5.5 Wende in der Wende – Die Maueröffnung und der Weg zur Einheit

Ab Oktober 1989 hatte sich die Protestbewegung in der DDR zunehmend verselbständigt. Während die kulturellen und wissenschaftlichen Eliten gemeinsam mit den Bürgerbewegungen und den alten Machthabern meinten, an den runden Tischen das Zeitalter des demokratischen Sozialismus einläuten zu können, hatten die Volksmassen andere Ideale vor Augen. Schon am Anfang der Protestaktionen waren vereinzelt Forderungen zur Wiedervereinigung aufgetaucht. Mit dem Tag der Maueröffnung griff der Einheitsgedanke auf weite Teile der Bevölkerung über, das Schicksal der DDR war besiegelt. Der materielle Überfluß des Westens war zu überwältigend, als daß eine ungeduldige Mehrheit sich für ein weiteres sozialistisches Experiment hätte begeistern können. Den Stimmungsumschwung in der Bevölkerung nutzend, breiteten die bundesrepublikanischen Parteien rasch ihren Wahlkampf auf die DDR aus und unterstützten massiv die Schwesterparteien in der DDR. Die Bürgerbewegungen, mit ihren utopischen Erneuerungsidealen³⁹ und einer teilweise chaotischen Organisationsstruktur, wurden rasch marginalisiert. Im Angesicht einer sich verschärfenden, ökonomischen Krise entfalteten die großen Versprechungen aus den politischen Lagern des Westens enorme Wirkung. Die bisher führenden Akteure des Umbruchs konnten keine so plausiblen Antworten auf die ökonomischen und sozialen Fragen der Massen geben.

Der Wahlkampf zur ersten freien Volkskammerwahl war vom Wie und Wann der deutschen Einheit beherrscht. Der bundesdeutsche Kanzler Kohl hatte in Moskau und Washington die Zustimmung zur Wiedervereinigung erhalten, nach einigen Mühen konnten im Februar auch

³⁸ Staritz 1990: 15 verwendet bewußt diesen von Lenin geprägten Begriff für die Zeit nach dem Honecker Sturz.

Paris und London überzeugt werden, die 2+4 Gespräche zu den Bedingungen der Einheit begannen im Mai. Ebenfalls bereits im Februar wurden die Weichen für die Währungsunion am 1. Juli gestellt. Im März, noch vor der Wahl, beschließt die Volkskammer die Umwandlung der Plan- in eine Marktwirtschaft. Die Volkskammerwahl schließlich wird zu einer Alibi-Abstimmung für die Wiedervereinigung, der überraschende CDU Sieg kann als deutliches Votum gegen den Fortbestand des Landes interpretiert werden. Die Regierung de Maiziere wird die politische Treuhandverwaltung zur Auflösung der DDR.⁴⁰ Mit dem Anschluß der Deutschen Demokratischen Republik an die Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes ist das sozialistische Experiment auf deutschem Boden gescheitert.

6 Fazit

³⁹ Eine Übersicht über die Programmatik der Oppositionsgruppen gibt Knabe 1990: 28-29

⁴⁰ Mantzke 1990: 289

Literatur

- Ganßmann, Heiner 1993: Die nicht beabsichtigten Folgen einer Wirtschaftsplanung, in: Joas/ Kohli [Hrsg.]: Der Zusammenbruch der DDR. Frankfurt/ Main: Suhrkamp
- Geis, Matthias 1991: Das Machtmonopol der SED ist nicht mehr zu retten, in: Maier, Gerhart: Die Wende in der DDR. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 27-28
- Glaeßner, Gert-Joachim 1990: Vom realen Sozialismus zur Selbstbestimmung. Ursachen und Konsequenzen der Systemkrise in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/90, 5. Januar 1990, S. 3-20
- Glaeßner, Gert-Joachim 1991: Der schwierige Weg zur Demokratie. Vom Ende der DDR zur deutschen Einheit. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Glaeßner, Gert-Joachim 1993: Am Ende des Staatssozialismus. Zu den Ursachen des Umbruchs in der DDR, in Joas/ Kohli [Hrsg.]: Der Zusammenbruch der DDR. Frankfurt/ Main: Suhrkamp
- Joas, Hans/ Kohli, Martin 1993: Der Zusammenbruch der DDR. Fragen und Thesen, in ders. [Hrsg.]: Der Zusammenbruch der DDR. Frankfurt/ Main: Suhrkamp
- Knabe, Hubertus 1990: Politische Opposition in der DDR. Ursprünge, Programmatik, Perspektiven, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2, 5. Januar 1990, S. 21-32
- Lehmann, Hans Georg 1996: Deutschland-Chronik. 1945 bis 1995. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Lindner, Bernd 1998: Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Maier, Charles S. 1999: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus. Frankfurt/ Main: Fischer Verlag
- Mantzke, Martin 1990: Eine Republik auf Abruf. Die DDR nach den Wahlen vom 18. März 1990, in: Europa-Archiv 8/ 1990, S. 282-292
- Mühler, Kurt/ Wippler, Reinhard 1993: Die Vorgeschichte der Wende in der DDR. Versuch einer Erklärung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 45, Heft 4, 1993, S. 691-711
- Natter, Erik 1994: Die inneren Ursachen des Umbruchs in der DDR. Eine Analyse der politisch-kulturellen Debatten 1989-1991. Mainz: Forschungsgruppe Deutschland
- Pollack, Detlef 1993: Religion und gesellschaftlicher Wandel, in Joas/ Kohli [Hrsg.]: Der Zusammenbruch der DDR. Frankfurt/ Main: Suhrkamp
- Prosch, Bernhard 1991: Die Revolution in der DDR. Eine strukturell-individualistische Erklärungsskizze, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 43, Heft 2, 1991, S. 291-301

- Reißig, Rolf 1991: Der Umbruch in der DDR und das Scheitern des „realen“ Sozialismus, in ders. / Glaeßner [Hrsg.]: Das Ende eines Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit. Berlin: Dietz, S. 12-59
- Reißig, Rolf 1993: Das Scheitern der DDR und des realsozialistischen Systems. Einige Ursachen und Folgen, in: Joas/ Kohli [Hrsg.]: Der Zusammenbruch der DDR. Frankfurt/ Main: Suhrkamp
- Staritz, Dietrich: Doppelherrschaft, in: Der Fischer Weltalmanach. Sonderband DDR, Frankfurt/ Main: Fischer Taschenbuch, S. 15
- Thaa, Winfried et. al. 1992: Gesellschaftliche Differenzierung und Legitimitätsverfall des DDR-Sozialismus. Tübingen: Francke
- Wettig, Gerhard 1996: Niedergang, Krise und Zusammenbruch der DDR. Ursachen und Vorgänge, in: Kuhrt, Eberhard [Hrsg.]: Die SED Herrschaft und ihr Zusammenbruch. Opladen: Leske+Budrich, S. 379-455
- Wilhelmy, Frank 1995: Der Zerfall der SED-Herrschaft. Zur Erosion des marxistisch-leninistischen Legitimationsanspruches in der DDR. Münster-Hamburg: Lit